

# Grundgesetz wird nicht wegen Piraten geändert

## Opposition fürchtet, dass die Union die Kompetenzen der Bundeswehr erweitern will

**Berlin** – Die Union ist mit ihren Plänen, der Bundeswehr per Verfassungsänderung mehr Rechte im Anti-Piraten-Kampf zu geben, auf massive Ablehnung gestoßen. Sowohl der Koalitionspartner SPD als auch die Opposition stellten sich gestern gegen solche Überlegungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Innenminister Wolfgang Schäuble (beide CDU). Eine verfassungsändernde Mehrheit ist damit nicht in Sicht.

### Wiederkehrende Debatte

SPD- und Oppositionspolitiker äußerten den Verdacht, dass Schäuble über die Hintertür einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren erreichen möchte. Dies ist in der Koalition seit Jahren umstritten. Regierungssprecher Ulrich Wilhelm rechnet nicht mehr mit einer Einigung in den noch verbleibenden Monaten bis zur Bundestagswahl.

Hintergrund der Debatte ist der gestoppte Einsatz der Polizei-Eliteeinheit GSG 9, die ein vor Somalia gekapertes deutsches Schiff befreien sollte. Die Befreiung der Geiseln wäre nach Auffassung Schäubles eigentlich Aufgabe der Bundeswehr

gewesen. Dafür brauche sie aber verfassungsrechtliche Grundlagen.

In den vergangenen Jahren fanden Überlegungen, entweder den Artikel 35 (Amtshilfe) oder 87a (Streitkräfte) zu ändern, keine Mehrheit. „Das Thema ist kontrovers geblieben und ist es auch bis zum heutigen Tag“, sagte Wilhelm. Merkel unterstütze die Rechtsauffassung von Schäuble, dass eine Änderung des Grundgesetzes zu größerer Rechtssicherheit für die Bundeswehr führen würde.

SPD und Opposition bestritten, dass deswegen die Verfassung geändert werde muss. „Ich wüsste nicht, warum wir eine Grundgesetzänderung bräuchten“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz. Er unterstrich: „Es wird mit der SPD definitiv in dieser Wahlperiode keine Verfassungsänderung geben.“ Es sei staats- und völkerrechtlich völlig unproblematisch, dass die Bundeswehr Piraten bekämpfe und auch Geiseln befreie. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, nannte den Vorstoß „kompletten Unsinn“. Die Bundeswehr dür-

fe natürlich ihre Spezialkräfte einsetzen. Er warf dem Minister vor, die Geiselnahme zu instrumentalisieren, um die Kompetenzen der Bundeswehr auszuweiten.

Auch der FDP-Innenexperte Max Stadler äußerte den Verdacht, dass Schäuble die Geiselnahme nur zum Vorwand nehme, um sein Ziel zu erreichen, die Bundeswehr auch mit polizeilichen Aufgaben zu betrauen. Der FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner forderte die Union auf, damit aufzuhören, „ihre überflüssige Forderung nach einer Grundgesetzänderung durch immer schlechtere und unsinnigere Argumente zu begründen“.

### Vermischung von Militär und Polizei?

Nach Worten des Verteidigungsexperten der Linksfraktion, Paul Schäfer, geht es der Union nicht um eine effektive Bekämpfung von Piraterie, „sondern schlicht um die Vermischung militärischer und polizeilicher Aufgaben und Befugnisse“. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, warnte, das Trennungsgebot von Polizei und Militär als Wahlkampfthema zu missbrauchen. Auf die geplante Geiselnahme am Horn von Afrika sei nicht wegen fehlender rechtlicher Grundlagen verzichtet worden, sondern wegen der komplexen Einsatzlage und fehlender technischer Ausrüstung. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes spielte die Verfassungsfrage bei den Überlegungen des Krisenstabs keine Rolle.

dpa